

Umweltministerin will Klimaschutz als Entscheidungsgrundlage im Denken der Menschen verankern / EU-Ziele ohne neue Einstellung schwer zu erreichen

Gönner strebt „grundlegenden Bewusstseinswandel“ an

VON B.J. HENICEL-WAIDHOFER

Stuttgart – Baden-Württembergs Umweltministerin **Tanja Gönner** will sich dafür stark machen, dass über neue Investitionen auf sämtlichen Ebenen künftig viel stärker unter Klimaschutz-Gesichtspunkten entschieden wird. Das mannigfaltige Expertenwissen müsse auf regionale und kommunale Ebene heruntergebrochen werden, lautet Gönners Forderung im Gespräch mit dem Badischen Tagblatt. Schon 1994 hatte das Land eine zentrale Beratungsagentur eingerichtet. Die EU unterstützt freiwillige Verpflichtungen und die Auditierung von Kommunen, Organisationen und Unternehmen.

Doch der Teufel steckt im Detail: Zum Beispiel kostet es 50 Mal mehr, eine Stunde Solarstrom zu erzeugen, als den Verbrauch entsprechend zu reduzieren. Weshalb nach Meinung aller Fachleute ein ausdifferenziertes Beratungsangebot vonnöten ist, um für Handel und Gewerbe, Mittelständler, Ver-

mieter und Kommunen sinnvolle Energieeinsparungskonzepte zu erstellen. Seit 2002 wird im Rahmen des Programms „Klimaschutz-Plus“ darauf hingearbeitet, den CO₂-Ausstoß an der Quelle zu senken.

„Alle volkswirtschaftlichen Zahlen zeigen“, sagt Gönner, „dass sich Investitionen rechnen, weil Reparaturen immer viel teurer sind.“ Die CDU-Politikerin hofft auf einen „grundlegenden Bewusstseinswandel“ und darauf, dass ein ertecklicher Teil der im EU-Klimapaket von der Bundesrepublik verlangten Energieeinsparungen durch verändertes Verhalten erbracht werden kann. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Kommunen – als Verbraucher, Anbieter und Vorbild.

Gerade Städte und Gemeinden können viel tun für die Mobilisierung von Veränderungspotenzialen: öffentliche Gebäude sanieren, Wälder nachhaltig bewirtschaften, klimafreundliche Standards festlegen, durch Entscheidungen ihrer Gremien Verbraucherverhalten beeinflussen, auf vielen Feldern Konsum-

menten, Mittelständler und Architekten stimulieren. In ihren Kantinen können Kommunen ganz auf regionale Produkte setzen, aber auch Vorreiter beim Wagen- und Gerätepark, in Schulen oder Krankenhäusern sein.

„Die Menschen wären zu viel mehr bereit als Entscheider, vor allem auch als Politiker glauben“, sagt die österreichische Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb. Allerdings nur, „wenn sie sich als Teil eines Gesamtkonzepts verstehen können“. Und wenn die große Herausforderung Klimaschutz aus dem parteipolitischen Streit herausgeholt werde.

Tanja Gönner will genau dazu beitragen. Sie versteht sich als Vermittlerin und hofft, mit Fakten überzeugen zu können. Auch mit dem, was im Land schon auf den Weg gebracht wurde, etwa in Sachen Energieeinsatz. „Wir sind nach Japan und Dänemark die effizienteste Region der Welt“, sagt die Umweltministerin. Appelle ans Gewissen jedes Einzelnen bei Kauf- oder Investitionsentschei-



Tanja Gönner sieht Kommunen in der Schlüsselrolle. Foto: dpa

dungen scheut sie nicht. Ohne eine neue Einstellung werde es schwer, die EU-Ziele zu erreichen.

Zur Erinnerung: Bis 2020 sollen im Vergleich zu 2005 immerhin 14 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen wer-

den, im Verkehr, bei Gebäuden aller Art und in der Landwirtschaft. Kommunen, die sich Nachhaltigkeit ernsthaft auf die Fahnen geschrieben und Klimabündnisse vereinbart haben, sind übrigens im Vorteil. Denn rund ein Drittel dieser nicht-industriellen Einsparungen dürfen über ein Engagement in klimafreundlichen Projekten der Dritten Welt erbracht werden. Oft von Bürgerinitiativen ange-regt, haben bisher mehr als 400 Städte und Gemeinden in Deutschland, die meisten davon in Bayern und Baden-Württemberg, solche Klimabündnisse geschlossen.

Die EU bietet außerdem mit dem „Eco-Management and Audit Scheme“ (EMAS) ein Auditierungssystem an, in dessen Rahmen Kommunen, Firmen, Verwaltungen oder Organisationen passgenaue Managementsysteme entwickeln: für Energie und Wasser ebenso wie für Abfall oder Güter. Die bundesweit ersten Pilotprojekte liefen in Leutkirch und in Isny.

Inzwischen haben sich in Baden-Württemberg fast 400 Be-

triebe, Organisationen und Kommunen zertifizieren lassen, darunter Ulm und Kehl, die Landesanstalt für Umweltschutz, das Umweltministerium oder das Landratsamt des Rems-Murr-Kreises. Jeder vierte deutsche Teilnehmer kommt aus Baden-Württemberg. Entsprechend dem Transparenz-Gedanken der EU sind alle in einem öffentlichen Register erfasst.

Mit Jahresbeginn hat Gönners Ministerium eine Initiative gestartet, um mehr kleinere Betriebe und Gemeinden für die EMAS-Teilnahme zu gewinnen. In regionalen Seminaren werden die Rahmenbedingungen erläutert, von der Bestandsaufnahme im Rahmen einer Ur-

weltprüfung bis zur Formulierung klarer und regelmäßig überprüfbarer Ziele. „Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Umweltschutz in vielen Kommunen eine wichtige Rolle spielt“, heißt es in einer EMAS-Zwischenbilanz, „dass aber häufig noch in Einzelaktionen, nicht in den Verwaltungsaltag integriert agiert wird“.